



Petra Merkel, MdB

Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 01/2007

Aus dem Bundestag

In der vergangenen Woche wurde die Gesundheitsreform (das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung) in den Ausschüssen beraten und am Freitag in namentlicher Abstimmung im Bundestag beschlossen.

Zu Recht gab und gibt es sehr viele Diskussionen zu diesem Thema. Das verstehe ich sehr gut, denn jeder und jede von uns ist von den politischen Entscheidungen betroffen. Die langen, harten und teilweise zähen Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner und mit den Ministerpräsidenten der unionsgeführten Länder zeigen, dass zeitgleich mehrere zuständige Ebenen beteiligt waren. Dieses Verhandlungsverfahren nimmt praktisch einen früher häufig erst im Vermittlungsausschuss des Bundesrats gefundenen Kompromiss vor der 2./3. Lesung im Bundestag auf und wird in der parlamentarischen Beratung berücksichtigt.

Auch in unseren eigenen Reihen wurde hart um die Reform gerungen. Ich habe am Dienstag in der Fraktion mit Nein gestimmt, weil ich als Haushälterin die Finanzierung nicht geklärt sehe. Da ich allerdings die Mehrheitsentscheidung meiner Fraktion respektiere, habe ich am Freitag in der namentlichen Abstimmung für die Reform gestimmt.

Dabei ist für mich ein entscheidendes Argument, dass wir der Reform deutlich den sozialdemokratischen Stempel aufgedrückt haben: Krankenversicherung für alle, mehr anstatt weniger Leistungen, ein gerechterer Ausgleich der unterschiedlichen Belastungen innerhalb der GKV und mehr Wettbewerb in der Privaten Krankenversicherung. Und ab und zu müssen wir uns fragen, wie die Veränderungen ausgesehen hätten, wenn die SPD nicht regieren würden und die CDU/CSU mit der FDP politische Entscheidungen treffen würde. Mit diesem Reformgesetz bleibt weiterhin die solidarische Bürgerversicherung

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 80 • 10623 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

www.petra-merkel.de



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

möglich und das ist unser politisches Ziel, für das wir weiterhin um Mehrheiten kämpfen. In mehreren Veranstaltungen haben wir Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Ihnen im Vorfeld die Diskussion mit Experten ermöglicht: Sowohl die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Elke Ferner als auch die Bundesministerin Ulla Schmidt haben über die Reformziele aufgeklärt und beantworteten eine Fülle von Fragen.

FRAKTION VOR ORT ZUR GESUNDHEITSREFORM

Wegen des großen Informations- und Diskussionsbedarf veranstaltete die Landesgruppe Berlin (die Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten) drei Veranstaltungen zur Gesundheitsreform. Nach einer Fachanhörung mit Vertretern der Ärztekammer, Krankenkassen und Apotheken haben wir Ende 2006 parteiintern zu einer Veranstaltung mit Elke Ferner, MdB, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, eingeladen.

Im Januar fand die nächste Veranstaltung mit Bundesministerin Ulla Schmidt statt. Über 300 Berlinerinnen und Berliner folgten unserer Einladung und diskutierten mit der Ministerin und uns Berliner SPD-Abgeordneten in der Charité über die Gesundheitsreform. Viele Befürchtungen und Sorgen der Versicherten konnte die Ministerin beschwichtigen.

Dies wird auch nicht die letzte Runde gewesen sein, ich werde Ende März eine weitere Informationsveranstaltung anbieten, zu der ich Sie rechtzeitig einladen werde.

STÄRKUNG DES WETTBEWERBS IN DER GESETZLICHEN KRANKENVERSICHERUNG

Unser Gesundheitswesen zukunftssicher machen

Dass die Verhandlungen mit der CDU/CSU-Fraktion hart sein werden, war allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von vornherein klar. Schließlich liegen die Modelle beider Koalitionspartner - die Kopfpauschale der CDU/CSU und die solidarische Bürgerversicherung der SPD - zur Reform unseres Gesundheitswesens weit auseinander. Dennoch konnten die Verhandlungsführer der SPD-Bundestagfraktion entscheidende Verbesserungen für die Menschen durchsetzen und einschneidende Ungerechtigkeiten verhindern. Das Ziel während der Verhandlungen war, das Gesundheitswesen auch in Zukunft leistungsfähig, finanzierbar und vor allem solidarisch zu halten. Alle Menschen sollen die medizinische Versorgung erhalten, die sie brauchen, und am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, enthält das „Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung“ kurz „GKV-WSG“ eine Strukturreform, eine Organisationsreform, eine Finanzreform und eine Reform der Privaten Krankenversicherung (PKV).

Krankenversicherung für alle - PKV kann sich Versicherte nicht mehr aussuchen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat durchgesetzt, dass es zum ersten Mal ab 1.1.2009 eine Versicherungspflicht für alle gibt. Dabei wurde auch sichergestellt, dass die Tarife der



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Krankenversicherung bezahlbar sind. Nichtversicherte, die dem GKV-System angehören, werden bereits ab 1.4.2007 wieder in die GKV aufgenommen. Für Selbstständige mit kleinen Einkünften wird die GKV günstigere Tarife anbieten. Nichtversicherte, die dem PKV-System zuzuordnen sind, können sich ab 1.7.2007 im erweiterten Standardtarif der PKV ohne Risikoprüfung versichern. Ab 1.1.2009 ist die PKV verpflichtet, einen Basistarif ohne Risikoprüfung und mit Kontrahierungszwang (das Versicherungsunternehmen muss den Vertrag abschließen) anzubieten, der die Leistungen der GKV enthält und nicht teurer als der Höchstsatz der GKV sein darf. Um Überforderungen auf Seiten der Versicherten zu vermeiden, wurden Regelungen zur Reduktion des Basistarifs im Bedarfsfall getroffen.

Mehr Leistungen, mehr Wahlmöglichkeiten und bessere Versorgung

Die Strukturreformen tragen eine deutliche sozialdemokratische Handschrift. Es ist die erste Gesundheitsreform, die ohne Leistungskürzungen für die Versicherten der GKV auskommt. Dort, wo es notwendig ist, werden Leistungen zielgerichtet ausgebaut wie z. B. bei der palliativmedizinischen Versorgung von Schwerstkranken, bei der häuslichen Krankenpflege für Pflegebedürftige und Behinderte. Außerdem gehören künftig alle Impfungen, die von der Ständigen Impfkommission empfohlen werden, genauso in den Pflichtleistungskatalog der GKV wie Eltern-Kind-Kuren, Reha-Maßnahmen für ältere und pflegebedürftige Menschen sowie alle weiteren Leistungen der medizinischen Rehabilitation. Die Versicherten der GKV haben nun mehr Wahlmöglichkeiten zwischen Versicherungs-, Selbstbehalt- und Kostenerstattungstarifen. Das Sachleistungsprinzip bleibt in der GKV die Regel. Vor einem Wechsel in einen Kostenerstattungstarif müssen die Kassen die Versicherten entsprechend beraten. Die Bindung an den Tarif gilt dann für drei Jahre. Alle GKVen müssen ihren Versicherten Hausarzttarife anbieten. Zur Vermeidung von Über-, Unter- und Fehlversorgung von Patienten und zur Erreichung einer lückenlosen Versorgungskette wird die integrierte Versorgung ausgebaut.

Mehr Effektivität bei Finanzen und Organisation

Damit echte medizinische Innovationen allen Menschen zur Verfügung stehen können und finanzierbar sind, werden neue Entwicklungen künftig einer Kosten-Nutzen-Bewertung unterzogen. Bei der Verschreibung teurer Medikamente mit gravierenden Nebenwirkungen oder Risiken muss der behandelnde Arzt eine Zweitmeinung einholen. Zum 1.1.2009 wird eine Gebührenordnung mit festen Preisen für Ärzte eingeführt.

Kassen und Leistungserbringer werden von unnötiger Bürokratie befreit und der Gemeinsame Bundesausschuss wird professionalisiert. Die Krankenkassen können über die Kassenarten hinweg fusionieren und auf Bundesebene wird es künftig nur noch einen Verband zur Interessenvertretung der GKV geben.

Der Bundesausschuss wird seinen Sitz in Berlin haben.

Ab 1.1.2009 wird es einen einheitlichen Beitragssatz geben, der von der Bundesregierung festgelegt wird und die bisherigen Unterschiede zwischen den Kassen und Regionen aufhebt. Die Finanzmittel werden in der GKV ab 2009 über den Fonds gerechter verteilt. Alle Kassen erhalten einen einheitlichen Betrag pro Versichertem. Dazu kommen ein



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Einkommensausgleich und der neue zielgenauere Risikostrukturausgleich, der Alter, Geschlecht und Krankheitsfaktoren berücksichtigt.

Werden Überschüsse erwirtschaftet, werden Beitragsrückerstattungen an die Versicherten ausgezahlt. Wenn die Kassen trotz aller wirtschaftlicher Anstrengungen mit den Zuweisungen aus dem Fonds nicht auskommen, können sie einen prozentualen oder festen Zusatzbeitrag von ihren Versicherten erheben. Dieser darf nicht mehr als 1 Prozent des Haushaltseinkommens betragen. Wenn ein Zusatzbeitrag erhoben oder verändert wird, müssen die Kassen ihre Mitglieder über die Möglichkeit eines Kassenwechsels informieren.

Gesamtgesellschaftliche Aufgaben der GKV werden ab 2007 zunehmend aus Steuermitteln finanziert. Dabei wurde der Steuermittelanteil während der Verhandlungen noch deutlich ausgebaut. Er beträgt in 2007 und 2008 2,5 Milliarden Euro und steigt dann jährlich um 1,5 Milliarden bis auf 14 Milliarden an.

Die Finanzierung ist bleibt mein größter Kritikpunkt, weil nicht zeitgleich die Beiträge gesenkt wurden, wie wir es mit der Bürgerversicherung erreichen wollen. Die Mittel ab 2008 müssen in die Mittelfristige Finanzplanung aufgenommen und eine Deckung ausgewiesen werden. Das wird nach dem Beschluss im Haushaltsausschuss im Sommer dieses Jahres durch das Finanzministerium vorgelegt werden. Meine große Sorge ist, dass das Gesundheitssystem künftig Steuermittel als Ventil bei finanziellen Schwierigkeiten nutzen wird und damit für den Bundeshaushalt unkalkulierbare Finanzierungsrisiken entstehen.

Mehr Wettbewerb in der PKV

Um das Recht zu bekommen von der GKV in die PKV zu wechseln, muss das Einkommen der Versicherten in drei aufeinander folgenden Jahren oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegen. Damit werden vorschnelle Wechsel vermieden. Mehr Wettbewerb im PKV-System entsteht vor allem dadurch, dass die Alterungsrückstellungen bei einem Wechsel in einen anderen Tarif oder zu einem anderen Versicherungsunternehmen übertragen werden können.

Solidarische Bürgerversicherung bleibt das Ziel

Für die SPD-Bundestagsfraktion geht Prävention vor Behandlung und Rehabilitation vor Pflege. Gerade weil die Gesellschaft immer älter wird und die SPD-Bundestagsfraktion will, dass auch allen älteren Menschen der medizinische Fortschritt zur Verfügung steht, brauchen wir mehr Solidarität. Und mehr Solidarität heißt solidarische Bürgerversicherung, die mit der Gesundheitsreform weiter möglich ist.

Weitere Informationen der Fraktion finden Sie hier

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,38934,00.html

Informationen des Bundesgesundheitsministeriums gibt es hier:



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

<http://www.die-gesundheitsreform.de/index2.html>



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUPTBAHNHOF

Ein weiteres Thema beschäftigte uns in einer Sondersitzung des Haushaltsausschusses: Hartmut Mehdorn, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG, war am Donnerstag letzter Woche eingeladen, uns zu den Vorgängen rund um den Berliner Hauptbahnhof und die Kosten des Daches zu berichten. Der Ausschuss will eine Aufstellung darüber vorgelegt bekommen, ob und unter welchen Bedingungen eine Verlängerung des Glasdaches möglich ist und welche Kosten dadurch verursacht würden.

KLAUSUR DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION IN BRÜSSEL

Am 12. Januar 2007 fand aus Anlass der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 die Fraktionsklausur der SPD-Bundestagsfraktion in Brüssel statt. Nach der Begrüßung durch unseren Fraktionsvorsitzenden, Peter Struck, und dem Vorsitzenden der deutschen Gruppe in der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament (SPE), Bernhard Rapkay, richtete Josep Fontelles Borell, der bis 16. Januar 2007 Präsident des Europäischen Parlaments war, sein Grußwort an die SPD-Bundestagsfraktion. Es folgten Referate des Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, und des deutschen Außenministers, Frank-Walter Steinmeier. Über die Wettbewerbsfähigkeit und die soziale Dimension in der EU sprachen der Vizepräsident der Europäischen Union, Günter Verheugen, und Franz Müntefering.

Resolution zur Ratspräsidentschaft

Außerdem beschlossen wir SPD-Bundestagsabgeordnete die Resolution „Gemeinsam für ein wettbewerbsfähiges und sozial gerechtes Europa“. Mit der Resolution macht unsere Fraktion ihre zentralen Eckpunkte für die deutsche Ratspräsidentschaft deutlich: Den europäischen Verfassungsprozess fortführen; Wirtschaftliche Dynamik und soziale Verantwortung verzahnen; Sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung gewährleisten; Stabilität und Wohlstand durch Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn sichern und Europa als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

Weitere Informationen unter: <http://www.deutsche-eu-ratspraesidentschaft.de>

Bereits am 11. Januar tagte die Haushalts-Arbeitsgruppe meiner Fraktion in Brüssel und nutzte die Kontakte für Gespräche um Finanzen und Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen in Brüssel. Eine Besichtigung des neu eingerichteten Bundestagsbüros zeigte, dass endlich das deutsche Parlament schneller und besser über die Planungen und anstehenden Entscheidungen in Brüssel informiert werden wird.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2007 „DEN AUFSCHWUNG FÜR REFORMEN NUTZEN“

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Prognose

Jedes Jahr gibt die Bundesregierung Ende Januar ihren Jahreswirtschaftsbericht heraus. Dies sieht das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vor. Der Bericht stellt die maßgebliche Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung dar und formuliert eine Vorausschau auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Der Jahreswirtschaftsbericht 2007 mit dem Titel „Den Aufschwung für Reformen nutzen“ zeigt auf, dass die deutsche Wirtschaft sich seit Beginn des vergangenen Jahres in einem kraftvollen Aufschwung befindet. Für dieses Jahr geht die Bundesregierung deshalb auch von einem Wachstum von rund 1,7 Prozent aus, nach 2,5 Prozent im vergangenen Jahr. Die Arbeitslosenzahl wird in diesem Jahr um voraussichtlich rund 480.000 Personen gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt zurückgehen. Die Erwerbstätigkeit wird weiter steigen, im Jahresdurchschnitt um 300.000 Personen. Zusätzlich zu den erwarteten Einkommenssteigerungen erhöht sich auch das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Die Zahl der Exporte stieg 2006 um 12,4 Prozent, die Zahl der Importe um 12,1 Prozent. Für 2007 werden für Exporte und Importe eine Steigerung von 7,9 Prozent bzw. 6,8 Prozent prognostiziert. Für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird 2007 eine Steigerung um 1,7 Prozent erwartet.

Das Wachstum der Weltwirtschaft fällt nach Einschätzung internationaler Organisationen in diesem Jahr zwar etwas geringer aus als im Vorjahr. Es wird aber hoch bleiben. Auch der Welthandel bleibt dynamisch und wird der deutschen Exportwirtschaft so weiterhin zugute kommen. Die hohe Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen dürfte so zu Marktanteilsgewinnen im Welthandel führen.

Gute Rahmenbedingungen

Zu der erfreulichen Entwicklung hat neben einer dynamischen außenwirtschaftlichen Entwicklung auch die Politik der Großen Koalition beigetragen. Die Maßnahmen der Politik (energetische Gebäudesanierung, Handwerksförderung, Infrastrukturausbau, Städtebau, Sonderabschreibung für Ausrüstungsinvestitionen) haben mehr als einen Prozentpunkt zum Wachstum beigetragen und dafür gesorgt, dass die drei Prozent Mehrwertsteuer verkraftet werden. Aber auch die Vorgängerregierung hat mit ihren Strukturreformen für gute Rahmenbedingungen gesorgt.

In diesem Jahr wird es Aufgabe der Regierungskoalition sein, den in Gang gekommenen Aufschwung zu festigen, die Konsolidierung der Haushalte fortzuführen und weitere innere Wachstumskräfte der Wirtschaft freizusetzen. Bei einem wirtschaftlichen Aufschwung sind die Aussichten für einen weiteren Erfolg dieser Strategie besonders gut. In einem gesamtwirtschaftlich günstigen Umfeld wirken sich strukturelle Reformen rascher aus und sind vor allem besser verkraftbar. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in der Gesellschaft, des zunehmenden weltweiten Wettbewerbs, der möglichen Verknappung



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

vieler konventioneller Rohstoffe und Energieträger sowie der zunehmenden Notwendigkeit, umweltverträglich zu produzieren, gibt es zu diesem Ansatz keine Alternative.

BERICHT ZUR LAGE DER ÄLTEREN GENERATION

Im Bundestag wurde in der vergangenen Woche auch der fünfte Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland beraten. Der Auftrag der Bundesregierung an die Altenberichtscommission lautete, zum Thema „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft - Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen" Erkenntnisse zusammenzutragen und Handlungsempfehlungen zu geben.

Potenzial älterer Menschen nutzen

Zwei Ergebnisse ziehen sich als roter Faden durch den Bericht. Zum einen wird deutlich, dass die Lebensphase Alter nicht mit Krankheit und Unproduktivität gleichgesetzt werden kann, sondern Ältere bereits heute einen großen Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand erbringen. Gleichzeitig zeigt der Bericht, dass die Potenziale älterer Menschen sozial sehr ungleich verteilt sind und dass es nicht das Alter und den alten Menschen gibt. Ältere Menschen können unter verbesserten Rahmenbedingungen ihre Potenziale im größeren Umfang für die Gesellschaft einsetzen. Voraussetzung ist eine größere Bereitschaft von Unternehmen, Organisationen und Verwaltungen, die vorhandenen Potenziale Älterer stärker abzurufen und zu nutzen.

Der zweite zentrale Gedanke bezieht sich auf die Herausforderungen, die aus der Alterung und der Schrumpfung der deutschen wie der europäischen Bevölkerung für die Sicherung der Produktivität und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft erwachsen. Das Ausmaß der dadurch hervorgerufenen Belastungen ist unter den Ökonomen umstritten. In der öffentlichen Diskussion wird die Alterung der Gesellschaft jedoch fast ausschließlich mit finanziellen Belastungen in Zusammenhang gebracht. Notwendig ist es deshalb, die Potenziale älterer Menschen stärker als bisher in das Blickfeld zu rücken.

Aus dem Wahlkreis und aus Berlin

BESUCH BEI DEN GUTTEMLERN

Gemeinsam mit meiner Kollegin Sabine Bätzing – Drogenbeauftragte der Bundesregierung – besuchte ich den Deutschen Guttempler-Orden, Distrikt Berlin-Brandenburg e.V. in Berlin Neukölln.

Der Guttempler-Orden ist eine Gemeinschaft alkoholfrei lebender Menschen. Eines der Ziele der Guttempler-Arbeit ist es, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, die Betroffenen aus der



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Abhängigkeit von Alkohol und Medikamenten zu befreien, das Suchtverhalten abzubauen und sie und ihre Familien an ein zufriedenes, unabhängiges Leben heranzuführen.

Die Führung durch das Haus der Guttempler war gleichzeitig eine beeindruckende Reise in die lange Geschichte der Guttempler: Der unabhängige Guttempler-Orden gründete sich bereits 1851 in einer Kleinstadt im US-Staat New York. Nach der Hausführung fand in der Cafeteria ein Gespräch statt, in dem folgende Themen intensiv diskutiert wurden: Die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit im Suchtbereich, die Präventionsarbeit für Jugendliche und die Zusammenarbeit von Ministerien, Erziehungseinrichtungen, Lehrer, Erzieher und ehrenamtlicher Betreuer.

Meine Kollegin und ich waren uns einig: Die Suchtselbsthilfe leistet einen wichtigen Beitrag in unserer Gesellschaft und muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt werden.

NEUJAHRSEMPFÄNGE

Trotz der Sitzungswochen ist es mir gelungen, vielen Einladungen zu Neujahrsempfängen nachzukommen, um mich bei den sehr unterschiedlichen häufig ehrenamtlich Engagierten zu bedanken: so zum Beispiel beim Verband der Unternehmerinnen in Berlin, dem Jugendsportbund, dem Hotel- und Gaststättenverband...

Dies und das

POLITIKSCHECK 2006/2007

Zu Beginn des Wintersemesters 2006/2007 starteten wir Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete zum zweiten Mal den Politikcheck der SPD-Bundestagsfraktion. Neben einer politischen Tagesfahrt, Besuch beim Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse, einem Gespräch bei der Bundespressekonferenz gehört der Brunch mit Politikern zum Höhepunkt des Programms.

Am gestrigen Sonntag war es wieder soweit: Studierende konnten mit uns Brunchen und im lockeren Rahmen diskutieren. Ab 11.00 Uhr nahmen über 20 Studierende die Gelegenheit wahr und trafen mich und meine Berliner Kollegen im Cafe Drei am Savignyplatz.

Start des Politikchecks war der 16. Oktober 2006. Pünktlich zu Semesterbeginn waren vor der Humboldt-Universität von uns Bundestagsabgeordneten die ersten Schecks vor dem Haupteingang Unter den Linden an die Studenten verteilt worden. Rund 20.000 Schecks insgesamt sind von den Jusos in der darauf folgenden Woche an Berlins Hochschulen verteilt worden.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ziel des Schecks ist, angesichts der zunehmenden Skepsis gegenüber den Akteuren der Politik, auf unkonventionellem Weg den Kontakt zwischen jungen Menschen und Politikern herzustellen.

GEBURTSTAGSESSEN MIT KLAUS SCHÜTZ

Zu Ehren des 80. Geburtstags von Klaus Schütz habe ich ein Mittagessen mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Peter Struck, und dem Intendanten der Deutschen Welle, Erik Bettermann veranstaltet. Gesprächsstoff über frühere Arbeitsbereiche von Klaus Schütz gab es genug: Als ehemaliger Intendant der Deutschen Welle und Mitglied des Deutschen Bundestages, als Berliner Regierenden Bürgermeister, als Deutscher Botschafter in Israel und natürlich als SPD-Mitglied gab es einen anregenden Austausch. Das Essen in kleinen Rahmen war ein jetzt eingelöstes, sehr lebendiges Geburtstagsgeschenk, von dem alle Seiten etwas hatten.

IT'S OUR TURN

Drei junge Frauen begleiteten mich am Freitag. „It's our turn – Junge Frauen für die Politik und Wirtschaft von morgen“ – so der Name des Programms an dem sie teilnahmen.

Veranstaltet wird das Projekt von der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF). Diese bietet seit vielen Jahren mit großem Erfolg unter dem Motto "It's our turn!" Workshops für engagierte und politisch interessierte junge Frauen an. Das Workshop-Konzept wurde in einem vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Modellprojekts entwickelt und mit verschiedenen Trägern durchgeführt.

Dieses Jahr wurde gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung ein Workshop mit dem Schwerpunkt Migration und Integration angeboten. Teilgenommen haben 20 junge Frauen, mit und ohne Migrationshintergrund, aus dem gesamten Bundesgebiet. Der Workshop fand vom 31. Januar bis 4. Februar in Berlin statt.

Am einem Tag des Programms bot sich den Teilnehmerinnen nun die Möglichkeit, mich „wie ein Schatten“ zu begleiten. Dieses „*Shadowing*“ soll den jungen Frauen einen Einblick in den Alltag einer Frau in politischer Führungsposition geben. Neben dem Gespräch mit mir, erhielten die Frauen während des Besuchs einer Plenardebatte und einer Führung durch die Gebäude des Bundestages einen ersten Eindruck und erlebten Politik mal hautnah.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Termine

AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG IN DER GOETHE 80

Vision für Berlin: Labyrinth – Garten der Sinne von Tina Zickler

Am Freitag, den 23. Februar 2007, von 17.00 bis 19.00 Uhr findet in der **Goethe80** die Eröffnung der Ausstellung „**Vision für Berlin: Labyrinth – Garten der Sinne**“ statt. Tina Zickler wird ihr Projekt präsentieren, das als Zwischennutzung des Berliner Schlossplatzes als ein grünes Zentrum in kultureller Nachbarschaft zur Museumsinsel geplant war. Ich finde das Labyrinth allerdings so interessant, dass ich es mir durchaus an einem anderen Platz in Berlin vorstellen kann.

Die Ausstellung ist vom 23.2.2007 bis 30.3.2007 in der **Goethe80** zu den Öffnungszeiten Mo. und Di. 11 – 15 Uhr, Mi. 14 – 18 Uhr, Sa. 11 – 14 Uhr („fairer Handel“) zu besichtigen.